

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 40, Dezember 2008

MIST !

Allerseits freut man sich über den neuen designierten US-Präsidenten. Nun dürfen wir hoffen, dass Obama den Rückzug aus dem Irak voranbringt*; müssen aber zugleich befürchten, dass er dafür, wie angekündigt, stärker nach Afghanistan marschieren lässt. Unter seinen Beratern sind bisher keine Lichtgestalten erkennbar.

Deutschland wird weiter mitmachen. Die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes bis Dezember 2009 ging immer noch recht glatt über die Parlamentsbühne.

Für's Militär gibt man gerne noch mal 1.680.000.000 € an Steuergeldern mehr als in 2008 aus.

Krieg hat weiterhin Konjunktur. Und wir bezahlen ihn immer weiter!

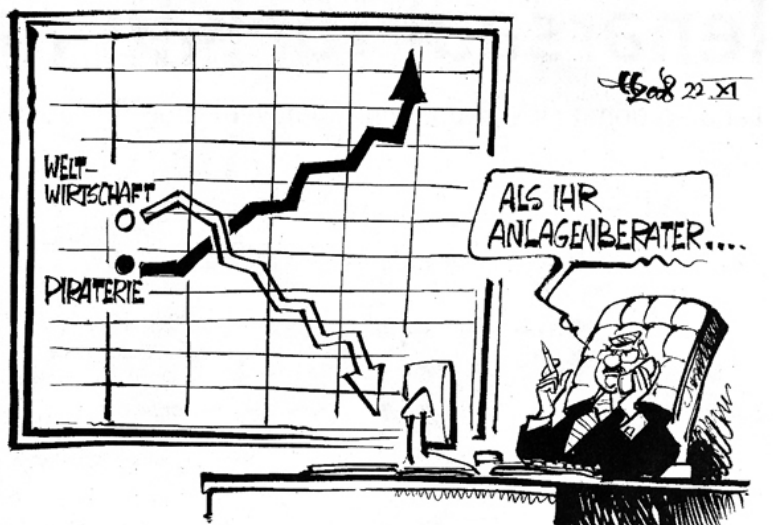
Sollten die Staats-Bürgschaften für Banken und Wirtschaft ausfallen – woher das Geld nehmen? Im Haushalt für 2009 sind die neuen Kredite um ‚nur‘ 10 Milliarden erhöht worden auf 18,5. Bei einem Schuldendienst als zweitgrößter Posten des Gesamt-Haushaltsbudgets. Und einem ‚Verteidigungs‘-Etat als drittgrößten.

Heißt das nicht, dass zum Schluss die Steuergelder in die Wirtschaft transferiert werden zu Lasten der Posten 1 und 4 bis 16? Oder wer lässt sich da noch auf neue Staatsanleihen ein?

Ja - wo lege ich mein Geld jetzt noch sicher an? Welche Branchen stehen denn noch nicht beim Staat auf der Matte?

Aha: Rüstungsindustrie. Atomindustrie. Ach, und da gäbe es noch eine neue alte Möglichkeit, sagt mein guter Freund:

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen



... kann ich nur folgende Zukunftsbranche empfehlen!"

Karikatur: Haitzinger



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post



*) Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz hat in seinem Buch *Die wahren Kosten des Krieges* die Kosten des Irak-Krieges für die USA in den ersten 5 Jahren auf über 2 Billionen \$ berechnet. In der FR vom 29.02.08 korrigiert er den Betrag sogar schon auf drei Billionen Dollar für die USA und für den Rest der Welt noch einmal so viel. Insgesamt also sechs Billionen Dollar: 6.000.000.000.000 \$.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrdienstpflichtige wählen dürfen zwischen Kriegsdienst und Zivildienst. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz. Wir werden auch eine Gesetzestext-Vorlage für den Bundestag formulieren. Wir machen Lobbyarbeit und sammeln Unterschriften zur Unterstützung unserer Forderung. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis wir eine gesetzliche Regelung erreicht haben.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



<u>Inhaltsübersicht:</u>	<u>Seite</u>
Bist du ein Spinner?	3
Kampagnenbericht, Afghanistan	4
Berichte aus den Arbeitsgruppen	5
Verfassungsbeschwerde	6
Sonstige Aktivitäten	8
Münchner Friedenskonferenz	9
Bericht Herbsttagung Weimar	10
Internationales	10
Int. Konf. Manchester	10
UN-Menschenrechtsrat/CPTI	13
Friedensgutachten 2008	14



Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.

Auflage: 500 St.

Redaktionsschluss der nächsten *FN*:

10. Mai 2009.

Kontaktadressenliste auf Seite 16

Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Eduard-Schmid-Str. 26
81541 München
Tel/Fax 089 - 7259416

info@netzwerk-friedenssteuer.de
www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Einladung zur Jahrestagung Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Thema: Kriegs-Wirtschaft / Friedens-Wirtschaft: UmSteuern zum Leben

Wann: Freitag, 17. April bis Sonntag, 19. April 2009

Wo: Im Ev. Studienseminar der Ev.-Luth. Kirche, Bischof-Meiser-Str. 6, 82049 Pullach, www.velkd.de/pullach/
Tagungsthema mit Öffentlichkeit und anderen Friedens- bzw. alternativen Wirtschaftsgruppen

Geplantes Programm:

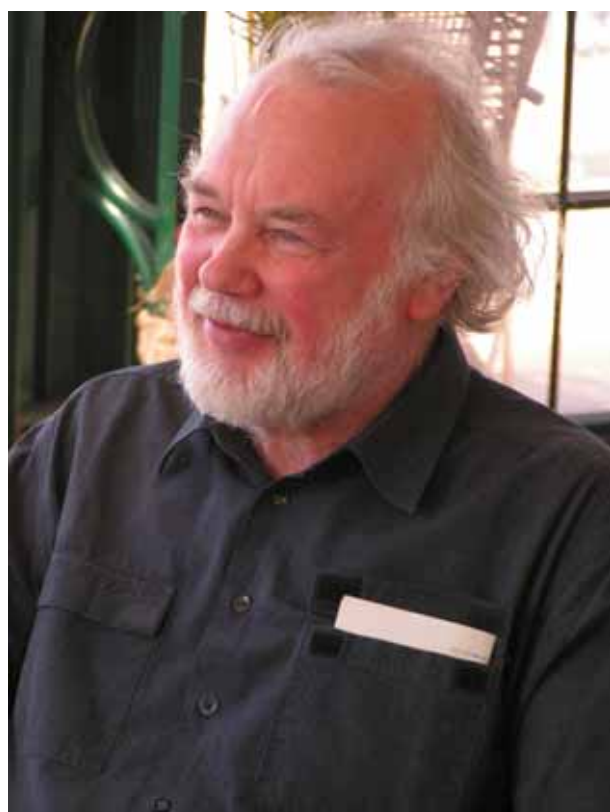
Podium „UmSteuern zum Leben / Lebensdienliche Wirtschaftskreisläufe“
Markt der Möglichkeiten / Stadtführung auf den Spuren der Friedensbewegung in München
Mitgliederversammlung

Bist du ein Spinner?

Der fünfte Spinner, den wir in dieser Reihe vorstellen, ist der momentan vielleicht größte unseres Netzwerkes: Sepp Rottmayr aus München. Auf der Jahrestagung 2007 in Leipzig hat er sich aus dem Vorstand und sonstigen laufenden Aktivitäten zurückgezogen, um sich als Rentner endlich Themen widmen zu können, die lange zu kurz gekommen waren. Aber kaum war er weg, ist er auch wieder da. Tja:

Ganz stimmt´s bei dem net

Überblickt unsereins die letzten 50 Jahre, dann war so mancher Schmarren dabei, wie man hierzulande zu sagen pflegt. Im hochlöblichen oberbayerischen Bauerndorf namens Vagen habe ich, zusammen mit ein paar anderen Nachtdurchzechern, 1959 den Stoppselklub Vagen gegründet. Anlässlich der kommenden 50-Jahrfeier fand ich im Codex Vageniensis meine handschriftlichen Eintragungen, säuberlich wie es sich damals gehörte, die Statuten betreffend. Der Zweck dieses dem Allgemeinwohl dienenden Klubs bestand und besteht darin, Stoppseln in Form von kleinen Fadenspulen auszugeben, damit solches vorgezeigt werden kann, wenn ein Anderer mit gleichem Utensil auf den Tisch (vorzüglich Wirtshaustisch) klopft. Hat man das corpus non-delicti nicht bei sich, ist ein Geldstück in die Stoppselkasse zu entrichten, deren Inhalt einer jährlichen Bildungsreise mit einer g´scheiten Wirtshaus-Einkehr zugute kommt.



Heute sehe ich mich mit einem ebenso ‚komischen‘ Projekt verbandelt. Es hat mit MiSt zu tun. Die Ernsteren unter uns sprechen von ‚Verfassungsbeschwerde Militärsteuer‘. Einer der meist angesehenen Professoren des Staatsrechts in Deutschland sagt uns einen 100 %igen Misserfolg dieses Projektes voraus – ja mei! Da muss man sich doch einmal fragen, ob unsereins in den vergangenen 50 Jahren *nur* Schmarren und Mist gemacht hat?

Als ich zu einer meiner seltenen Geburtstagsfeiern meine Pax-Christi-Gruppe namens *Gewaltverzicht* vorstellte und statt eines Festbeitrages um eine Spende für diese geworben hab, nahm mich ein Freund beiseite und fragte mich. „Woas moanst Du da eigentlich mit dem Gewaltverzicht?“ Als ich desgleichen etwa dieselben Gäste bei meinem Siebzigsten um eine Spende für das Projekt *Münchner Sicherheitskonferenz Verändern** anging, hörte ich Schweigen. Aber ich sah förmlich wie es in manchen Gehirnwindungen arbeitete und auf dem Stirngefalte sich die zwar wohlwollende aber doch stark zweifelnde Frage abzeichnete, ob er es denn noch alles beisammen habe. Dabei habe ich doch von Steuerverweigerung, Friedenssteuer, Zivilsteuergesetz und solcherlei Anwendlungen noch gar nichts verlauten lassen.

In meinem Beruf als Tragwerksplaner habe ich auch oft gesponnen. Aber die Spinnerei musste mit Bauherrn, Architekten und Baufirmen in Beton und Stahl umgesetzt werden. Doch ließ ich’s mir nicht nehmen, einige Mannjahre an den verschiedensten

Erfindungen zu arbeiten, die heute in den modrigen Verliesen des deutschen Patentamtes von skurrilem Erfindergeist zeugen. Zehn Jahre habe ich einem Buch gewidmet, um das schwierige Problem zu lösen, wie verschieden qualifizierte Menschen gleichberechtigt, selbstständig und partnerschaftlich in einem gemeinsamen Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten können, um dann festzustellen, dass die meisten Zeitgenossen dieses komische Ding, das andere „Verantwortung für sich selbst“ nennen, gar nicht haben wollen und sich an den Zitzen moderner Sklaveneuter bedeutend wohler und sicherer fühlen. Und schon wieder setze ich jetzt meine Lebensenergie ein, um nach so Utopischem wie einem christlich-spirituellen Weg der Gewaltfreiheit zu schürfen.

Da kann man doch, ja da muss man doch als echter Realist sagen, dass es um so einen Menschen nicht gut bestellt sein kann. Nichts macht er, was ist und irgendwie geht, sondern kümmert sich nur um das, was sein soll - aber irgendwie nicht geht, also was Schmarren oder Mist ist. Klar, dass so einer sich nur bei Leuten wohl fühlt, die ganz ernsthaft glauben, dass ein Zivilsteuergesetz irgendwann kommen wird, bei Leuten, die zwar alle normal ausschauen, ernsthafte Gesichter haben und bürgerlichen Berufen nachgehen, aber, wenn man genau hinschaut, a bissl arg Gspinnerte san - Friedensbewegte halt, erfolglos, aber mia san mia und - selig gepriesen.

Sepp Rottmayr, München

Sepp beflügelt jetzt die AG Rechtswege, s. S. 5.

*) s. Bericht auf S. 8

Kampagnenbericht

Unser Kampagnenbericht kann noch kürzer sein als in der letzten Ausgabe: Wir hinken dem Zeitplan fürchterlich hinterher. Das heißt nicht, dass wir faul waren oder werden wollen, oder uns nichts einfallen lassen, nein: Es machen immer die gleichen paar Männeken und Weiblein die – ehrenamtliche - Arbeit. Mit so wenigen Leuten kann man keine Kampagne führen, die eben auf Kräftezuwachs ausgelegt war. **Ende Kampagnenbericht.**

Und so konzentrieren wir uns nun auf nur zwei Aufgaben - das, was halt geht: Die Erstellung eines Videos und die Aufführung des Theaterstückes der Berliner Compagnie „Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“. Zwei Gastspiele haben wir schon erlebt: Im September in Bad Hersfeld (organisiert von Michael Held), im November in München (unserer Münchener Gruppe zusammen mit der DFG-VK und anderen), und das dritte wird am 11. März im Wendland stattfinden. Dort organisieren es Gertie Brammer, die wendländische FN-Leserin Doris Weimann mit ihrem *Kinder Kinder e. V.* (Unterstützung von SchülerInnen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, das passt wunderbar) und die *Kurve Wustrow e. V.* Sollten sie im Wendland genügend Bürgschaften bekommen, wollen sie noch eine zusätzliche SchülerInnen-Aufführung organisieren.

Das Stück ist lt. den OrganisatorInnen in München „...dramaturgisch sehr gelungen, äußerst professionell geschrieben und gespielt. Durch die Lebendigkeit der Schauspieler und ihre überraschende Einfälle ist das Stück unterhaltsam und lehrreich zugleich, natürlich auch sehr erschütternd dadurch, dass es wahre Geschichten sind, grausame Geschichten.“ Hier können Sie selber über den Inhalt nachlesen: www.berlinercompagnie.de.

Deswegen, liebe LeserInnen --- vielleicht könnte noch an anderen Orten gastgespielt werden??? Auch vor älteren SchülerInnen. PolitikerInnen einladen für eine Diskussion nachher... Dabei Faltblätter und Postkarten verteilen...

Wenn Sie selber keine Möglichkeit haben, ein Gastspiel zu organisieren – gehen Sie auf jeden Fall hin, um es sich anzusehen, wenn es für Sie erreichbar ist, und nehmen Sie möglichst viele Menschen mit. Und unsere Faltblätter.

Afghanistan: Deutschland im Krieg

In der vorigen Ausgabe berichteten wir über den Aufruf der Friedensbewegung an die Soldaten, den damals bevorstehenden Einsatz der ersten ‚Schnellen Eingreiftruppe‘ in Afghanistan zu verweigern. Bisher ist keine Verweigerung bekannt geworden, leider. Es gibt aber eine Reaktion von Rainer Arnold, MdB und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; eine Antwort darauf von Pax Christi und wiederum eine Reaktion von Herrn Arnold.

Diese Korrespondenz hier wiederzugeben fehlt uns der Platz. Wer aber mit Abgeordneten reden will, sollte sich diese Briefe durchsehen. Sie sind zu finden im *FriedensForum 4/2008*, S.20; www.friedenskooperative.de. Die Zeitschrift *FriedensForum* möchte ich hier sehr herzlich als Grundlage für alle Friedensbewegten empfehlen, weil sie aus allen wichtigen Friedensorganisationen berichtet und kein Thema außer Acht lässt. Das Jahresabo kostet 18 Euro (friekoop@bonn.comlink.org). Über Afghanistan findet man dort zum Beispiel vieles zusammengetragen, hinterfragt und analysiert, was in den Medien kaum zu finden ist.

Bei der *Kooperation für den Frieden* liegt das **Dossier IV – Der Afghanistan-Konflikt** abrufbereit (Analyse des Konfliktes und Darstellung von Möglichkeiten der zivilen Konfliktlösung). Verantwortlich zeichnet **Andreas Buro, der dieses Jahr den Aachener Friedenspreis bekommen hat.** Lektüre bestens empfohlen! Bestellen bei info@koop-frieden.de; weiter verteilen im Bekanntenkreis! (1,20 Euro/St., ab 5 St. 1,00 Euro/St.)

Immerhin haben im Oktober d.J. 96 MdB *gegen* die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes um 14 Monaten und Aufstockung um 1.000 SoldatInnen gestimmt. Langsam geht es vorwärts? Betonung auf langsam. Wie viele Opfer muss es noch geben, bevor wir geschlossen auf die Straße gehen??

Bevor die SteuerzahlerInnen massiv den Militäranteil verweigern?

Gertie Brammer



Dossier IV
Der Afghanistan-Konflikt

Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG Gesetzesinitiative

Im Moment ist kein Prozess in Sicht. Auch hat es keine neuen Lobbygespräche gegeben. Wir müssen uns eine andere Strategie einfallen lassen und wollen uns von den Briten inspirieren lassen (siehe S. 11 „Wie können wir die Denkweise der Regierung beeinflussen?“).

AG Öffentlichkeitsarbeit

Es wird an der Friedenssteuer-DVD weitergearbeitet. Im Nachdruck sind Postkarte und Geldscheine erschienen. Neu ist das beiliegende Faltblatt der AG Rechtswege zur Verfassungsbeschwerde.

Es soll ein neues Faltblatt geben: „Friedenssteuer einfach“. Oft haben wir bemerkt, dass es längerer Erklärung bedarf, bis unsere Idee verstanden wurde. Die Kunst, unser Anliegen allgemeinverständlich zu verfassen, wollen und müssen wir üben. Das Faltblatt „Verfassungsbeschwerde“ war ein erster Versuch – ob er gelungen ist?

Und: Ein regelmäßiger Besuch unserer Internetseite lohnt sich!

AG Steuern zu Pflugscharen

Vom 20. – 24. Mai 2009 findet in Bremen der *Evangelische Kirchentag* statt. Unser Stand im Markt der Möglichkeiten ist angemeldet. Für die Standbetreuung an allen 4 Tagen werden dringend noch Ehrenamtliche gebraucht. Bitte bei Gerlinde Rambow, die die Planung koordiniert, melden, (siehe Seite 16).

Die *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* (GKKE) kritisierte im September den zweiten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans *Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung*. Hier folgt eine Zusammenfassung:



„Friedliche Konfliktlösungen konsequenter anstreben“

„Die Bundesregierung ist weit davon entfernt, Ansprüchen und Zielen des Aktionsplans gerecht zu werden. Die umfangreiche Auflistung von Aktivitäten kann nicht verbergen, dass zivile Krisenprävention, Gewalt mindernde und gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung noch nicht zu einem Querschnittsthema politischen Handelns geworden sind“, heißt es in der in Berlin veröffentlichten Stellungnahme der GKKE.

Der 2004 noch von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete und von der großen Koalition übernommene Aktionsplan strebt die Bündelung aller politischen Instrumente der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik unter dem Primat eines zivilen Politikansatzes an. Zur Abstimmung wurde ein Ressortkreis gebildet, der sich von einem Beirat beraten lässt. Ihm gehören Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen an, darunter auch die GKKE.

Bernhard Moltmann, der die GKKE im Beirat vertritt, vermisst den Willen zur schlüssigen Umsetzung des Aktionsplans und sieht deutliche Schwächen in der institutionellen Ausgestaltung. „Der Beirat wurde zu wenig in die Umsetzung des Aktionsplans einbezogen. Hinzu kommt, dass der Ressortkreis nur schwachen Rückhalt in den jeweiligen Ministerien hat. Entsprechend gering sind auch die Möglichkeiten des Beirats, zivilgesellschaftliche Vorstellungen zur Geltung zu bringen. „Die von der Bundesregierung propagierte ‚Kultur der Zusammenarbeit‘ verkümmert zu einer Leerformel“, so Moltmann.

Von der jetzt begonnenen Diskussion über den Umsetzungsbericht der Bundesregierung erwartet die GKKE deutliche Impulse für die künftige, wirkungsvollere Gestaltung einer kohärenten Friedenspolitik. Die GKKE spricht sich insbesondere für eine Stärkung der Kompetenzen von Ressortkreis und Beirat aus und sieht insbesondere das federführende Auswärtige Amt in der Pflicht, den Gremien Rückhalt in der Regierung zu verschaffen.

© 2008, Evangelischer Entwicklungsdienst, Bonn, eed@eed.de ; www.eed.de.

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

Und so, wie die GKKE versucht, die Bundesregierung bei der Stange zu halten, erinnert die *AG Steuern zu Pflugscharen* die Synode der EKD an ihr Versprechen, mit uns ein **Grundsatzgespräch** zum Thema Kriegsdienstverweigerung zu führen. Was sind Versprechen wert? Ohne Bewegung von unten läuft nichts...

AG Rechtswege

Da tut sich was! In der vorigen Ausgabe haben wir ganz kurz von dieser neuen AG berichtet. Sie hat kräftig gearbeitet dieses Jahr; hier folgt ausführlich ein

Bericht zur Verfassungsbeschwerde gegen das deutsche Haushaltsgesetz 2009 durch 10 BeschwerdeführerInnen in Sachen Militärsteuer.

Durch das Haushaltsgesetz, bzw. die Haushaltsentscheidung des Deutschen Bundestages, werden die Steuern aller deutschen SteuerzahlerInnen auch für militärische Zwecke verwendet. Die BeschwerdeführerInnen beantragen eine grundrechtskonforme Ausgestaltung der gegenwärtigen und zukünftigen Haushaltsordnung.

Problematik

Bisher haben alle MilitärsteuerklägerInnen in Deutschland gegen ihr zuständiges Finanzamt geklagt¹. Dies ist nahe liegend, da die Finanzämter Teil der exekutiven Gewalt sind und die Steuern einziehen. Die Finanzämter sind aber an Gesetze gebunden und haben nach der Gesetzeslage und Rechtsprechung nicht die Möglichkeit dem Wunsch der Friedenssteuerleute, ihre Steuern nicht für militärische Gewaltpotentiale zu verwenden, nachzukommen. Dazu kommt, dass dieser Wunsch bei den indirekten Steuern z.B. der Mehrwert- und Energiesteuer finanztechnisch nur schwer realisierbar ist.² Die Verursachung des Problems liegt nicht bei den Finanzämtern, sondern beim Gesetzgeber.

Mit Druck durch die USA hat der deutsche Gesetzgeber beschlossen, dass es in Deutschland wieder ein militärisches Gewaltpotenzial gibt. Ferner beschließt er jedes Jahr, dass die Steuern, unabhängig davon von wem sie kommen, auch für die militärischen Zwecke verwendet werden. Alle Menschen in Deutschland sehen sich dadurch, wie die Menschen in anderen Ländern auch, dem Zwang ausgesetzt, den Kriegsdienst zu finanzieren und ihn damit zu ermöglichen.³ Für viele Menschen ist dies eine Verletzung ihres Gewissens.

Im Deutschen Grundgesetz ist das Grundrecht der Gewissensfreiheit in Art. 4 verankert. Der wichtigste und erste Grundrechtsartikel, Art. 1(3) GG, schreibt vor, dass alle Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung an die Grundrechte gebunden sind. Damit ergibt sich schlüssig, dass der Bundeshaushaltsplan, der im Haushaltsgesetz gesetzeskräftig wird, dem Grundrecht der Gewissensfreiheit und der Gleichbehandlung widerspricht und somit gemäß Art. 1 (3) GG verfassungswidrig ist.

Art. 93(4a) GG gestattet allen BürgerInnen, die sich durch die öffentliche Gewalt in einem der Grundrechte verletzt sehen, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen.

Gruppe und Projektname

Am 6. Juni 2007 fanden sich in München 9 Friedenssteuerleute aus dem Netzwerk Friedenssteuer zu einer Gruppe zusammen, um die Verfassungsbeschwerde zu diskutieren. Die Gruppe beschloss das Projekt der Verfassungsbeschwerde anzugehen. Auf der Jubiläumstagung in Rothenburg an der Fulda wurde die Gruppe offiziell als AG Rechtswege des *Netzwerk Friedenssteuer* anerkannt. Als Sprecherin wurde Ulla Klotz gewählt. Die Gruppe hat sich bisher 5-mal in München getroffen. Inzwischen ist sie auf 17 Personen angewachsen.

Als Projektname wurde „Verfassungs-Beschwerde Militär-Steuer“ abgekürzt „VB-MiSt“ gewählt. In der Abkürzung schwingt das deutsche Wort „Mist“ mit, dessen Doppelbedeutung der Gruppe gelegen kam. Mit ‚Mist‘ wird einerseits der natürliche fruchtbare Dung bezeichnet, wesentlich für die Ernährung des Menschen und seinen Blumenschmuck, andererseits ist mit ‚Mist‘ auch Unstimmiges, Falsches, Überflüssiges gemeint. Der Dung ist fruchtbar für das Wachstum der Demokratie und ihrer freiheitlichen Verfassung und unstimmig, falsch und überflüssig sind die Beschränkungen der Gewissensfreiheit durch die derzeitige Form des Haushaltsplanes. Trotz des ernsten Themas amüsieren sich die Mitglieder der Gruppe über die Mehrsinnigkeit der Abkürzung so, dass sie sich mit Vorliebe als *MiSt-Käfer* titulieren.

Als BeschwerdeführerInnen treten 9-10 Mitglieder der Gruppe auf und zwar solche, die einerseits bereits einen Prozess vor einem deutschen Finanzgericht wegen Anerkennung ihrer Steuerverweigerung geführt haben. Diese Prozessführung soll die persönliche Betroffenheit bzw. Beschwerne durch die öffentliche Gewalt dokumentieren. Andererseits schien es der Gruppe nicht geraten zu sein, Personen als BeschwerdeführerInnen einzusetzen, die in dieser Sache

¹ Bisher fanden nach grober Schätzung in Deutschland ca. 70 Prozesse dieser Art statt.

² Wie das Netzwerk Friedenssteuer mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nachgewiesen hat, ist der Beitrag durch die indirekten Steuern für das militärische Gewaltpotenzial höher als der Beitrag durch die direkten Steuern. Direkte Steuern, die für Militär verwandt werden, sind z.B. die Einkommen- und Lohnsteuer. Andere direkte Steuern wie KfZ-, Grund- und Erbschaftssteuern sind Steuern für die Bundesländer und werden nicht für militärische Zwecke verwandt. Die Ausgaben für militärische Zwecke betragen für jede/n der 82,3 Mio EinwohnerInnen Deutschlands im Schnitt pro Jahr aus indirekten Steuern 201 € und aus direkten Steuern 146 €, zusammen also ca. 350 € (Mittel 2000-2007).

³ Wie verschiedene Juristen in Deutschland nachgewiesen haben, besteht zwischen der Steuerzahlung und der Finanzierung des Kriegsdienstes ein kausaler Zusammenhang.

schon einmal beim Verfassungsgericht vorstellig geworden sind. Dies könnte Grund für das Bundesverfassungsgericht sein, die Beschwerde abzuweisen.

Die Beschwerde wird von zahlreichen weiteren Personen unterstützt. Dazu gibt es die Möglichkeit, sich in Unterstützerlisten direkt oder per Internet einzutragen.

Gemäß Planung der Gruppe wird die Verfassungsbeschwerde gegen das Haushaltsgesetz 2009 im Februar 2009 eingereicht.

Beschwerdeschrift

(Der vollständige Text ist auf unserer Internetseite abgelegt und kann abgerufen werden: siehe Verfassungsbeschwerde. Es geht auch über die Internetseite: www.verfassungsbeschwerde-militaersteuer.de)

Die Beschwerdeschrift, das zentrale Dokument der Verfassungsbeschwerde, umfasst 7 Punkte:

1. Das Gewissensproblem. Wodurch es entsteht und wie es verursacht wird.
2. Die persönliche Betroffenheit der BeschwerdeführerInnen und anderer, so wie eine allgemeine Zusammenfassung dieser Betroffenheit.
3. Die Grundrechtsverletzung wird aufgrund einzelner Artikel des Deutschen Grundgesetzes dargestellt.
4. Ermittlung der Ursache der Grundrechtsverletzung.
 - a) Besteht sie im (verirrten?) Gewissen einer Minderheit?
 - b) Ergibt sie sich aus einer zwingenden und unvermeidlichen Gemeinschaftsstruktur?
 - c) Ist die Rechtssprechung die Ursache?
 - d) Oder ist es die undifferenzierte Steuerverwendungsentscheidung des Gesetzgebers?
 Die Ursache der Grundrechtsverletzung ist bei d) zu suchen. Durch den Bundeshaushalt wird über die Verwendung der Steuern entschieden. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass auch die Steuern jener Bevölkerungsgruppe zur Finanzierung militärischer Gewaltpotentiale mit ihren Aktionen verwandt werden, die dies aus religiösen, weltanschaulichen oder sittlichen Gründen zutiefst ablehnen. Die Ursache der Grundrechtsverletzung liegt also bei der Steuerverwendung durch das Haushaltsgesetz.
5. Zeitpunkt der Verfassungsbeschwerde: hier wird dargestellt, warum gerade jetzt diese Verfassungsbeschwerde eingereicht wird und nicht schon viel früher.
6. Stellungnahme zu bisherigen Beschlussbegründungen des Bundesverfassungsgerichts, um die bisherigen Verfassungsbeschwerden in Sachen Militärsteuerverweigerung abzulehnen, werden argumentativ entkräftet. Vor allem wird dabei eingegangen auf die behauptete Verantwortungsteilung (der Beschwerdeführer könne gar kein Gewissensproblem haben, da er für die Verwendung der Steuern keine Verantwortung trage) und auf die Kausalität (es gebe gar keinen kausalen Zusammenhang zwischen Steuerzahlung und Finanzierung von Streitkräften).
7. Schlussbemerkung: Hier wird auf den positiven Einfluss für den demokratischen Rechtsstaat eingegangen, der im Begehren der BeschwerdeführerInnen liegt. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die MilitärsteuerverweigerInnen in älteren Demokratien wie in Großbritannien und USA seit Jahrhunderten fordern, dass ihnen und allen Menschen das Grundrecht der Gewissensfreiheit nicht nur im Falle des Kriegsdienstes mit der Waffe zugestanden wird, sondern auch und gerade bei der Finanzierung dieses Kriegsdienstes mit ihren Steuern.

Sepp Rottmayr, München



6 Mitglieder der AG Rechtswege bei ihrem zweitem Treffen am 17. 10. 2007.

Von links: Ulla Klotz, Kurt Büttler, Sepp Rottmayr, Gereon Heidrich, Klaus-Dieter Preis, Albert Blattmann. Nicht auf dem Bild, aber mit in der Gruppe: Ute und Robert Antoch, Marduk Buscher, Annette Habert, Brigitte Janus, Günther Lott, Gerlinde und Martin Rambow, Wolfgang Steuer.

Ergänzung durch die Redaktion:

- a) Es fällt der Gruppe sehr schwer, Anwälte zu finden, welche die KlägerInnen vor Gericht vertreten wollen. Einschlägige juristische Fachleute haben zwar den Text der Verfassungsbeschwerde sehr gelobt - von der Einreichung aber abgeraten, da ihres Erachtens gar keine Aussicht auf Erfolg bestehe.
Dagegen kann man aber sagen, dass in dieser Beschwerde anders argumentiert wird als früher, nämlich gegen das Haushaltsgesetz und nicht gegen die Finanzämter, also: gegen den Gesetzgeber, nicht gegen die Exekutive.
- b) Nicht alle aktiven Friedenssteuerleute, die grundsätzlich an einer Verfassungsbeschwerde interessiert sind, unterstützen diesen Versuch als BeschwerdeführerIn. Manche aus persönlichen Gründen, andere wegen Kritik an der Argumentation.
Dazu ist zu sagen, dass die Kritik von der AG Rechtswege ernst genommen und auch, so weit es ging, in die Beschwerde eingearbeitet wurde. Die Gruppe hat beschlossen, die Verfassungsbeschwerde Mitte Februar 2009 einzureichen, und eine erneute Annahme-Verweigerung samt eventuellen finanziellen Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Der Vorteil liege dann immer noch in einer breiten Öffentlichkeitswirkung.
- c) Das dieser Ausgabe beiliegende Faltblatt der „Vb-MiSt“ wurde durch die AG Rechtswege erstellt, nicht durch die AG Öffentlichkeitsarbeit. Es kann, wie alle anderen Materialien, bestellt werden bei Friedrich Heilmann (s. S. 16). Es wird auch den Hauspostillen dreier anderer Friedensorganisationen beigelegt: Pax Christi, Versöhnungsbund und FriedensForum.

Wir können uns doch nicht auf das geistige Niveau des Kapitalismus zurückschrauben und ständig „Sinn“ mit „Erfolg“ verwechseln. Das ist eine lebensgefährliche Verwechslung, wenn wir das Leben zurechtstutzen auf das Machbare und das, was sich konsumieren lässt.

aus: Dorothee Sölle, Hunger nach Sinn

Sonstige Aktivitäten von NetzwerkerInnen**München I: Radiosendung**

Zum 11. September 2008 hat das Lokalradio *LoRa München* eine Magazin-Sendung mit mehreren Beiträgen zum Thema Krieg und Terrorismus gesendet. Ein Teil davon war ein 8-minütiges Telefon-Interview zur Friedenssteuer, das die Redakteurin Frau Geiger mit mir geführt hat. Zusammen gefasst:

**Frage:**

Kriegsdienst mit der Steuer leisten wir alle, ob wir wollen oder nicht, weil ein großer Teil des Geldes für das Militär verwendet wird. Deshalb gibt es das Netzwerk Friedenssteuer, das sich für eine friedliche Verwendung der Steuer einsetzt. Was macht das Netzwerk Friedenssteuer?

Antwort:

Wir wollen nicht dass Kriege geführt werden um unsere Interessen zu sichern. Und wie? Wir leisten keinen Kriegsdienst und wir wollen auch keinen finanziellen Beitrag zum Kriegführen leisten. 2007 haben wir Bürger in der Bundesrepublik mehr als 28 Milliarden Euro rein für das Militär bezahlt. Jeder Einzelne von den 82 Mio Einwohnern, auch das Baby und der 90jährige, hat davon im Schnitt knapp 400 Euro getragen. Ein Berufstätiger, der 78 Jahre alt wird (durchschnittliche Lebenserwartung), hat in seinem Leben 30.847 Euro Steuern nur für den Militärhaushalt bezahlt. Und die Budgets steigen jedes Jahr.

Wir sind der Überzeugung, dass mit Krieg und Gewaltanwendung kein Frieden geschaffen werden kann. Deshalb arbeiten wir für ein Zivilsteuer-Gesetz: Einen Bundesmilitärfonds, ausschließlich durch einen vom Bundestag festzulegenden Prozentsatz der Einkommens- bzw. Lohnsteuer finanziert, aus dem alle Ausgaben für Militär und Rüstung finanziert werden, außerhalb dessen es keine steuerfinanzierten Ausgaben für Militär gibt. Die Steuern der Zivilsteuerzahler fließen dann nicht diesem Fonds, sondern nur zivilen Zwecken zu.

Bisher gab es in Deutschland keine Mehrheit zu den 4 eingereichten Bundestagsanträgen zum Zivilsteuergesetz. Deshalb versuchen wir möglichst intensiv zu klagen und die Steuer zu verweigern. Wenn 500 Leute in einer Stadt diese Steuer verweigern würden, wäre das entsprechende Finanzamt blockiert und es müsste etwas passieren. Wir als Bürger haben unserer Meinung nach ein Mitspracherecht über das was mit unserem Geld finanziert wird, besonders bei diesem existenziellen Thema von Leben und Tod, das man nicht einfach übergehen kann. Wir bleiben dran!

Katharina Rottmayr, München

Die Sendung ist auf der Friedenssteuer-Internetseite zum Runterladen verfügbar.

München II: Internationale Münchner Friedenskonferenz 6.-8.2.2009

Die Friedenskonferenz/FK findet seit 6 Jahren parallel zur ‚Münchner Sicherheitskonferenz‘/MSK statt, welche schon seit 40 Jahren in München tagt.

Das Grundkonzept der FK besteht aus dem Aufzeigen und Verdeutlichen von Alternativen zur bisherigen „Sicherheitspolitik“ der MSK. Wir wollen eine friedenspolitische Kommentierung der MSK erreichen und diese einer größtmöglichen Öffentlichkeit vermitteln. Gegenüber den Formen des sonstigen Protestes und der Systemanalyse wird bei der FK der Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Optionen als alternative politische Handlungsweise gelegt.

Schon seit Mitte Februar 2008 heißt es: nach der Konferenz ist vor der Konferenz...

Zum 2. Mal vertrete ich das *Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern* im Vorbereitungsteam der *Internationalen Münchner Friedenskonferenz*. Im Team sind ca. 8 Gruppen der breiten Münchner Friedensbewegung vertreten, darunter auch die Gruppe *Münchner Sicherheitskonferenz verändern* (wo sich Sepp und Katharina Rottmayr engagieren). Diese Gruppe hat erreicht, dass es bisher zwei Treffen mit dem Konferenzleiter der MSK (W.Ischinger) gegeben hat. Das ist neu! Sein Vorgänger, H. Teltschik, hat sich auf kein Treffen mit uns eingelassen.

Wir betrachten es als Erfolg, dass dieser begonnene Dialog fortgesetzt wird und dass ein/e VertreterIn von uns zur Teilnahme an der MSK eingeladen ist.

Das genaue Programm der FK steht noch nicht fest. Der Rahmen ist bis jetzt:

Freitag, 6. Februar 2009, 19 Uhr Internationales Forum, Festsaal Altes Rathaus, Marienplatz 15
Samstag, 7. Februar 2009, ca. 10–15 Uhr Workshops und Fachforen im DGB-Haus, Schwanthalerstr.64;
ab 19 Uhr Aktuelle Runde zur „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“

Bis jetzt konnten wir Vandana Shiva (Physikerin und Philosophin, Direktorin der „Research Foundation for Science, Technology and Ecology“) aus Indien und Werner Ruf (Professor für internationale Politik, Friedensforscher, Uni Kassel) als ReferentInnen gewinnen. Aus USA ist noch Dennis Kucinick (Mitglied der Demokraten im Repräsentantenhaus des US-Kongresses, u.a. Kritiker des Irak-Krieges) angefragt.

Sobald das ganze Programm feststeht, ist es unter www.friedenskonferenz.info zu finden.

Erwähnenswert: Unsere Arbeit findet mit freundlicher Unterstützung der Landeshauptstadt München statt!

Ulla Klotz, München

Berlin: Großmütter gegen den Krieg

In Berlin sind immer wieder Else Tonke und Ursula Peters bei Demonstrationen gegen den Krieg zu finden. Auch waren sie am 8. Dezember mit Gertie Brammer, Doris Weimann und Albert Blattmann im Wendland gegen die Atomindustrie (= Krieg gegen alles Lebendige) aktiv. Dieses Bild entstand im März 2008 in Berlin bei Protesten vor dem Kanzleramt anlässlich des Israelbesuches von Frau Merkel.



Proteste vor dem Bundeskanzleramt: Merkel solle sich nicht nur für Israel einsetzen FOTO: PA/DPA

Es ist egal, wie klein eine Gruppe ist, solange man einen Glauben und einen Plan hat. *Fidel Castro*

Bericht von der Herbsttagung, Oktober 2008, in Weimar

Das Netzwerk trifft sich zweimal im Jahr zu Tagungen – im Frühjahr öffentlich und mit einem besonderen Thema, im Herbst zu einer Arbeitstagung der AG's und Einzelengagierten.

Das Protokoll der Tagung ist im Internet abrufbar. Die Ergebnisse sind in die AG-Berichte eingeflossen (S.5).

In den nächsten Jahren soll unser Arbeitsschwerpunkt „Öffentlichkeitsarbeit“ heißen. Für Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir Inhalte und immer wieder Neuigkeiten. Sonst interessieren sich die Medien nicht für uns. Schwerpunkt „Öffentlichkeit“ heißt auch: verstärkt selbst Veranstaltungen organisieren, an anderen Demos und Tagungen teilnehmen, aktiv im eigenen Umfeld für unsere Sache werben. Vereinbart wurde, dass jede/r Aktive bis zur Jahresversammlung organisiert bzw. selbst durchführt.

Angemerkt: Zentrales Kommunikationsinstrument zur Öffentlichkeit wie ins Netzwerk ist unsere Internetseite. Dort liegen alle Termine, Einladungen, Dokumente, Protokolle, Materialien, Adressen, Tondokumente, Bilder und Informationen. Für Kurz- und Schnellinformationen haben wir einen eMail-Service. Wer dort noch nicht drin ist, bitte eMail senden an:

heilmann@netzwerk-friedenssteuer.de



Archiv:

Vor drei Jahren haben wir beschlossen, unsere Archivalien in ein professionelles Archiv zu geben. Dies wurde während der Tagung noch einmal bekräftigt. Von vielen NetzwerkerInnen kamen kleine und große Pakete bei mir an und wurden am 3. 12. 2008 dem Heinrich-Böll-Archiv in Berlin übergeben. Dort werden alle Akten durchgesehen, Dubletten entfernt und der Großteil chronologisch – auch mit Schlagworten – erfasst. Es entsteht darüber hinaus eine eigene Prozessakte mit allen zur Verfügung stehenden Unterlagen. Weitere Materialien für das Archiv bitte an mich schicken. Bilder von der Übergabe der Archivalien habe ich auf die internen Seiten im Internet gelegt. Wer den Vertrag mit dem Archiv einsehen möchte, kann ihn von mir per eMail bekommen.

Friedrich Heilmann, Erkner

Internationales

Zur 12. Internationalen Konferenz in Manchester, 5. - 7. September 2008

Durch eingekommene Spenden konnten wir mit sechs Aktiven unser Netzwerk in Manchester vertreten: Gertie Brammer, Ingrid Ehrler, Friedrich Heilmann, Gabriele Meischner, Hannelore Morgenstern und Katharina Rottmayr. Plus Konrad Borst wieder als ehrenamtlicher



Robin Brookes

Dolmetscher, sowie auch Irene Auerbach, die in England lebt. Schön – vielen Dank den SpenderInnen und den DolmetscherInnen!

Es nahmen 55 Menschen aus 11 Ländern teil. Neu waren diesmal TeilnehmerInnen aus Japan und Kolumbien. Angemeldeten TeilnehmerInnen aus Ghana, Indien und Palästina wurde aus haarsträubenden und widersprüchlichen Gründen Visa verweigert.

Die hohen Unterbringungs- und Verpflegungskosten hatten die Briten veranlasst, statt der üblichen drei Tage nur zwei Tage zu konferieren. Da blieb leider nicht mehr viel Zeit für das Persönliche. Die Stimmung drückte das zwar nicht, aber sie war doch deutlich anders als gewohnt. Das Kulturelle kam zu kurz. Auch fehlten vertraute Gesichter aus Deutschland (unsere Netzwerk-GründerInnen, jetzt -RentnerInnen!) und aus dem ‚Süden‘, siehe oben.

Robin Brookes und Paula Hollings von *Conscience UK* hatten uns in ein ‚Real Old English‘ Mädchen-Studentenwohnheim untergebracht. Mit seinen ewig langen Korridoren und der breiten Holzterrasse, die von der dunklen, Holzgetäfelten Bibliothek mit uralten Folianten zum riesigen Speisesaal führte, ließ das Haus sogar

ein wenig ‚Harry-Potter-Atmosphäre‘ aufkommen. Das Anliegen lag an der so genannten Curry-Mile: In diesem Stadtteil leben überwiegend asiatisch- und afrikanischstämmige Briten.

Am Freitagabend berichteten Simon Heywood (Peace Tax Seven, UK), Dan Jenkins (CPTI-Vertreter in New York) und Gertie Brammer über den Stand der Dinge bei dem Rechtsweg.

Die Peace Tax Seven warten leider immer noch auf einen Termin für den Prozess in Straßburg – der gleiche Stand wie bei der 11. Konferenz in Woltersdorf. Es ist auch nicht möglich, nachzufragen; sehr bedauerlich. Aber Bewegung gäbe es in der juristischen Fachwelt; unser Thema werde mittlerweile unter internationalen AnwältInnen studiert und diskutiert. Später ermutigte uns auch Andreas Speck (*War Resisters International, UK*), juristische Fachliteratur dazu zu lesen.

Dan Jenkins sprach über die Gruppe die sich in USA, inspiriert von den Peace Tax Seven, formiert.

Gertie Brammer berichtete über unsere AG-Rechtswege. Sepp Rottmayr hatte dazu einen Text geschrieben, den Sie auf Seite 5 dieser Ausgabe finden. Ganz kurz gefasst: Wir werden vor Gericht nicht mehr argumentieren, dass unsere Forderung *nicht* gegen das Budgetrecht des Parlaments verstößt (das beliebte Totschlagargument der Abgeordneten) sondern genau umgekehrt: Dass das Budgetrecht gegen die Gewissensfreiheit verstößt, da die Gewissensfreiheit zu den 19 Grundrechten gehört, und das Budgetrecht ein ihnen untergeordnetes Recht ist.



Anschließend gab es Berichte

- aus Großbritannien von *Conscience UK*

Über die *Peace and Security Liaison Group*.

Diese AG von *Conscience* (gegründet 2005) spricht (mit Erfolg!) die Stabstellen der Ministerien an und bringt sie an einen Tisch mit NRO-Experten aus den verschiedensten Bereichen, die wichtig sind um eine gewaltfreie Gesellschaft zu bilden. Das hilft den Ministerialen sehen, welche Alternativen zu Gewalt tatsächlich vorhanden sind.

Über ihre Friedenssteuer-Kampagne:

Hatte in Brüssel (2004) Oliver Haslam einen überaus professionellen Eindruck gemacht – bei seinem Nachfolger Nick Wilson setzt sich das fort und zwar so erfolgreich, dass dieser dafür im Juli d.J. einen Preis der *Sheila McKechnie Stiftung* gewann, ihm verliehen durch den Ersten Minister Gordon Brown (!!!). Wenn wir doch auch einen solchen Hauptamtlichen bezahlen könnten. Junge, als Campaigner ausgebildete, bezahlte Fachleute voller Elan und guter Ideen... Da könnte man neidisch werden. Von den Briten können wir etwas lernen!

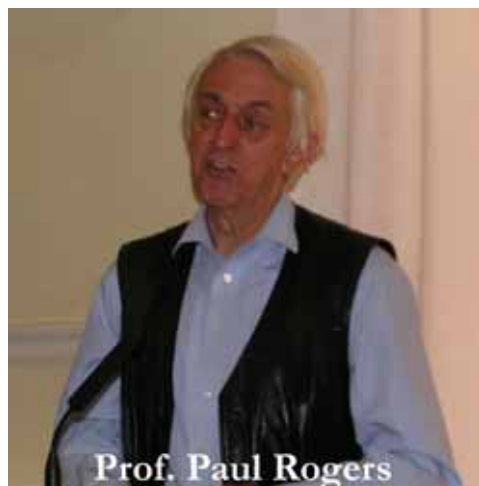
- aus USA vom *National War Tax Resistance Coordinating Committee*

Ruth Benn berichtete, dass es in den USA mittlerweile über 8.000 KriegssteuerverweigerInnen gibt, von denen sich aber leider die wenigsten organisieren. Bei ihrer Organisation haben sich leider nur 525 Menschen gemeldet.

David Bassett sprach unermüdlich jede/n TeilnehmerIn persönlich an um das Feuer für „die Sache“ noch mal anzufachen. Wir sollten seine Grüße an alle Bekannten unseres Netzwerkes weitergeben – hiermit gerne getan!

Am Samstag kamen zuerst die Länderberichte dran. Erwähnenswert sind folgende Berichte:

Mikio Miyake und Yoshiko Tanaka (*Conscientious Objection to Military Tax / COMIT*), zwei japanischen Quaker. COMIT hat eine Beschwerde beim höchsten japanischen Gerichtshof eingereicht gegen den Beschluss von Regierung und Parlament, eine „reine Verteidigungsarmee“ zu gründen (die mittlerweile schon im Irak dabei ist). Dies ist ein Verstoß gegen die japanische Verfassung. Die Beschwerde wurde nicht angenommen. *COMIT* hofft nun auf Unterstützung aus der internationalen Gemeinschaft.



Aus Schweden berichtete Anton Leifsen-Thal über seine Gruppe *Skattebetalare för Fred* (60 Mitglieder und noch einmal 60 Sympathisanten). Was ihn sehr stört ist, dass Schweden mittlerweile einen Waffenexport hat, vergleichbar mit dem Möbelexport von IKEA. „Wir führen Krieg, aber die Leute glauben es nicht.“

Jannik Augsburg aus Dänemark (*Fredsskattefonden*) plädierte leidenschaftlich für die Weitergabe unserer Ziele an jüngere Generationen, insbesondere für die Anwerbung von Jugendlichen durch ansprechende Informationsformen (z.B. anspruchsvolle Spiele). Jede/r von uns möge doch zur nächsten Konferenz einen Jugendlichen mitbringen!

Es folgte ein Vortrag durch Professor Paul Rogers (*Bradford University Peace Studies Department*) mit dem Titel ‚Das Ziel der dauerhaften Sicherheit: eine Vorschau, wie wir ein dauerhaftes Sicherheitssystem für das 21.‘

Jahrhundert aufbauen können.' Was er sagte, klang alles nicht neu, aber es tat gut, das Ganze noch mal eloquent und engagiert vorgetragen zu bekommen. Erwähnt sei hier seine Empfehlung, folgende Internetseiten zu besuchen um zu lernen, wie man globale Probleme lokal anpacken kann: www.open.democracy.uk oder www.common.dreams.uk



Anton Leifsen-Thal

Wie immer gab es eine CPTI-Mitgliederversammlung und alle Anwesenden waren stimmberechtigt.

Da aber der Vorstand mitten in einem Prozess der Umstrukturierung steckte (und steckt), war es nicht angebracht, jetzt einen neuen Vorstand zu wählen. Bis auf weiteres bleibt also der bisherige Vorstand in Funktion.

Wann und wo findet die **13. Internationale Konferenz** statt? Allerseits erklang Applaus für das Angebot des Schweden Anton Leifsen-Thal, die nächste Konferenz **2010 nach Schweden** einzuladen. Die Organisationen in Schweden und Norwegen würden sich dazu zusammmentun.

Gertie Brammer

Während der Tagung fanden verschiedene Workshops statt, von denen Hannelore Morgenstern und Friedrich Heilmann hier kurz berichten.

Ein sehr engagierter Brite ruft dringend zur Steuerrevolte auf.

Unter dem Titel *Kriegsrecht, Kriegsverbrechen & Gesetzliche Steuerrevolte* gab Chris Coverdale von der Kampagne *Make Wars History* einen Workshop über die gesetzlichen Grundlagen für Steuerverweigerung.

Er argumentiert, dass die Steuerverweigerung nicht als einen Sachverhalt der Gewissensfreiheit, sondern der Gesetze (auch des Strafrechts) zu begründen ist. Deshalb führte er in eine lange Liste von britischen und internationalen Gesetzen ein, die alle Krieg und Gewaltausübung in staatlicher Verantwortung verbieten bzw. das Zuwiderhandeln unter Strafe stellen sowie jegliche Beteiligung verbieten und bestrafen. In diesen Gesetzen ist hinlänglich definiert, was ein Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit ist. Mittäterschaft bei derartigen Verbrechen umfasst helfen, Vorschub leisten, assistieren und mitmachen.

Daraus folgt: „Alle Bürger haben die legale Pflicht, illegale Anweisungen zu verweigern“ und „Vorgesetzte sind verantwortlich für alle Verbrechen der ihnen Unterstellten“.

Coverdale kommt zu dem Schluss: „Alle britischen BürgerInnen haben zu ihren Verpflichtungen zu stehen und müssen ihre Handlungen auf den legitimierten Weg der UN-Charta und der Kriegsgesetze beschränken. Mitglieder der Streitkräfte und des Staatsdienstes müssen Anweisungen zum Angriffskrieg zurückweisen. Mitglieder des Parlaments müssen die Regierung zwingen, den Einsatz von Streitkräften zu beenden. Steuerzahlende müssen Steuern einbehalten, bis alle Kriegsverbrechen beendet sind.

Kriege, in denen Tausende von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern getötet werden, sind immer illegal und wir alle haben die gesetzliche Pflicht, sicher zu stellen, dass sich dies nie wiederholt.“ (sinngemäß zitiert nach Texten auf der Internetseite der Kampagne: www.makewarshistory.org.uk).

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Wie können wir die Denkweise der Regierungen verändern?

Die Erfahrungen in den verschiedenen Ländern sind ähnlich – und doch sehr unterschiedlich. Die Engländer haben ihren Weg der sog. Lobbyarbeit mit Abgeordneten verlassen. Es scheint eine Sisyphosarbeit zu sein. Spätestens nach vier Jahren sind nach Neuwahlen etliche Abgeordnete nicht mehr im Parlament, andere kommen in höhere Funktionen und stehen nicht mehr zur Verfügung. So scheinen in absehbarer Zeit keine Mehrheiten für eine veränderte Steuergesetzgebung organisierbar. Daher verlegen sie ihre Kontaktarbeit auf die Ebene der „political Powerbreaker“ – zur wirklichen politischen Entscheidungsebene. Dies seien die beamteten Staatssekretäre und ähnlicher Ministerialbeamte. Sie wechseln seltener und sind die Personen, die die Gesetze letztendlich „machen“. Ob dies eine Idee für uns ist?

Neu war vielen das deutsche Konzept für ein Zivilsteuergesetz, mit dem wir dem Ziel der Militärsteuerverweigerung umfassender nachgehen.

Nach der Idee in anderen Ländern werden die nicht ans Militär gezahlten Steuern für einen bestimmten zivilen Zweck vorgesehen, z.B. internationale Friedensbrigaden. So lässt sich wesentlich leichter argumentieren, jedoch werden nur die direkten (Einkommens)Steuern erfasst.

Friedrich Heilmann

Zu dem UN-Menschenrechtsrat/MRR



Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im Juni 2008 der Ernennung der Südafrikanerin tamilischer Abstammung Navanethem Pillay zur fünften UN-Menschenrechtskommissarin zugestimmt. Frau Pillay, Jahrgang 41, Harvard-Absolventin, bisher Richterin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, ist Nachfolgerin der Kanadierin Louise Arbour. Sie nahm am 14.10. auf Einladung von Außenminister Steinmeier am *Forum Globale Fragen* des Auswärtigen Amtes teil. Vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember werden bei dem Forum, das Minister Steinmeier mit einer Rede eröffnet, hochrangige Vertreter aus Politik, Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaft Fragen zu aktuellen Herausforderungen der internationalen Menschenrechtspolitik nachgehen.

Seit Juli 2008 werden zusätzliche Berichte erstellt anlässlich des Länderexamens (Universal Periodic Review/UPR), das der Menschenrechtsrat seit April als neues Kontrollinstrument durchführt. Im August 2008 hat das *Forum Menschenrechte* dem MRR seine Stellungnahme für die im Februar 2009 vorgesehene Überprüfung der Bundesrepublik Deutschland im UPR-Verfahren vorgelegt.

Insbesondere im Bereich Diskriminierung, Behandlung von Flüchtlingen und Migranten, der Gleichstellungspolitik sowie bei den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten belegen die Autoren schwerwiegende Defizite in der Menschenrechtspolitik nicht nur der jetzigen Bundesregierung. So weist das Forum den MRR auf praktische und gesetzliche Defizite im Einwanderungs- und Asylrecht und bei der Armutsbekämpfung hin. Die Stellungnahme gibt darüber hinaus Empfehlungen, wie diese Defizite aus menschenrechtlicher Sicht zu beheben wären.

Zu den CPTI – Aktivitäten

Leider konnten wir den letzten CPTI-Newsletter nicht wie angekündigt in deutscher Sprache auf unserer Web-

site veröffentlichen; wir bitten um Nachsicht und streben nach Besserung.

Die ersten beiden **schriftlichen Voten** gegenüber dem MRR (2006/07) gab CPTI eigenständig ab. Ab 2007 geschah dies gemeinsam mit 50 anderen NRO. Sie alle sind im Dokumentenverzeichnis des MRR bzw. auf dessen Internetseite zu finden (eine davon auf Deutsch).

Seit Juni 08 ist CPTI im **Sekretariat des NRO - Committee on Freedom of Religion and Belief**. Diese NRO unterstützt die UN Sonderberichterstatterin für die Freiheit von Religion und Weltanschauung, [Asma Jahangir](#) (Pakistan), und setzt sich für den Erhalt der Sonderberichterstatterin ein.

Seit Dezember 06 unterstützt CPTI (Derek Brett, finanziert durch die Joseph Rowntree Charitable Fund/GB) kontinuierlich die Arbeit des **Human Rights Committee** (Experten-Komitee) mit Berichten über die Kriegsdienstverweigerung derjenigen Länder, über die das Komitee aktuell verhandelt, mit speziellen Aktivitäten in den Fällen von Tschechien und Großbritannien. Zu diesem Zweck reisten Robin Brookes und Simon Heywood von Peace Tax Seven/GB im Juli 2008 nach Genf.



Die **CPTI-Arbeitsgruppe Legal Committee** mit Derek Brett (Secretary), Robin Brookes, Lieven Denys, Fred Dettmer, Nick Grief, Dan Jenkins und Dirk Panhuis hatten ihr erstes Treffen am 15.- 16.05.08 in Kortenberg/Belgien. Sie arbeitet daran, bessere Unterstützung für Klagen zu erstellen und Antworten zu finden auf die Frage, ob nationale Steuergesetze Auswirkungen auf internationale Menschenrechte haben. Allmählich sollen die Gerichtsfälle so dokumentiert werden, wie es nach internationalem Standard üblich ist. Das gemeinsame Gespräch mit den Anwälten, die bereits Militärsteuer-Verweigernde vertreten haben, steht dann auf dem Arbeitsplan.

Durch den Tod von John Randall müssen sich neue Leute mit der **Website** befassen; darin arbeitet sich Andro Gagne/USA (als Honorarkraft) ein.

Seit Mai 08 diskutierte und beschloss der Vorstand – gestützt, wenn auch nicht beschlossen durch die Vollversammlung am 07.09.08 in Manchester – für CPTI eine **strukturelle Veränderung** einzuleiten, die eine effektivere Arbeitsweise ermöglichen soll. Alle bisherigen Mitglieder werden gefragt, ob sie zukünftig aktive oder unterstützende (nur Beitrag zahlende) Mitglieder sein wollen. Von den aktiven Mitgliedern wird die Teilnahme an jährlichen Vollversammlungen und auch sonst eine stärkere Mitarbeit an der Weiterentwicklung der Inhalte erwartet.

Hintergrund: Friedensgutachten 2008



Friedensgutachten
2008

Das Friedensgutachten / FGA erscheint seit 1987 als das gemeinsame Jahrbuch der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik.

Die Herausgeber sind: Internationales Konversionszentrum Bonn, Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH, Institut für Frieden und Entwicklung an der Uni Duisburg-Essen, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

In der Presseerklärung vom 3. Juni unter der Überschrift „Friedensgutachten 2008 fordert europäische Avantgarde gegen Hochrüstung“ heißt es:

Die fünf führenden Friedensforschungsinstitute Deutschlands warnen vor neuer Hochrüstung.

Die USA, Russland, China und Indien rüsten massiv auf. Rüstungskontrollvereinbarungen liegen auf Eis. Neue Waffensysteme sollen selbst im Weltall installiert werden. „Die neue Hochrüstung kann bedrohlicher werden als der Kalte Krieg“, betont das diesjährige Friedensgutachten. ...

Von 2001 bis 2006 nahmen die inflationsbereinigten Militärausgaben um etwa 30 Prozent zu und liegen bei über einer Billion US-Dollar. Fast die Hälfte davon entfällt auf die USA. Großbritannien, Frankreich, China und Japan folgen auf den Spitzenplätzen. Doch weder die Weiterverbreitung von Atomwaffen noch der Klimawandel lassen sich militärisch aufhalten. Auch die Demokratisierung autoritärer Systeme kann nicht militärisch erzwungen werden. Im Gegenteil: militärische Übermacht ist kontraproduktiv, wie in Afghanistan, Irak und Nahost deutlich wird. Sie erzeugt vielmehr ein Sicherheitsdilemma: Wer nach militärischer Überlegenheit strebt, provoziert militärische Gegenmaßnahmen und damit wachsende Bedrohung statt Sicherheit....

„Es ist höchste Zeit, der Renaissance nationalstaatlicher Machtprojektion und Hochrüstung entgegenzutreten. Die EU kann dabei eine Schrittmacherfunktion übernehmen“, unterstreicht

Andreas Heinemann-Grüder, federführender Herausgeber des Friedensgutachtens 2008: **„Wir plädieren dafür, auch auf dem Gebiet der Abrüstung das Avantgarde-Modell zu erproben, nach dem ein Kern europäischer Staaten die Initiative ergreifen kann, ohne zu warten, bis sich alle Mitglieder einig sind.“ ...**

Konkret empfehlen die Friedensforscher der Bundesregierung und der EU:

AKSE-Vertrag ratifizieren: Der Angepasste Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa muss zügig ratifiziert und in Kraft gesetzt werden. Die NATO sollte nach der Suspendierung durch Russland das Inspektionsregime einseitig aufrechterhalten.

Auf Raketenschild verzichten: Bundesregierung und EU sollten sich dem US-Raketenschild in Osteuropa stärker widersetzen. Solche Abwehrwaffen destabilisieren die Abschreckungsbalance zwischen den Atommächten, verschärfen die amerikanisch-russischen Spannungen und ziehen die europäische Sicherheit in Mitleidenschaft.

Nuklearwaffen abrüsten: Die Existenz von Kernwaffen und ihre Weiterverbreitung ist eine der größten Bedrohungen. Nichtweiterverbreitung wird nur gelingen, wenn die Atommächte ihre Bestände drastisch verringern und auf die atomare Erstschlagsoption verzichten.

Wettrüsten im All verhindern: Die zivile Infrastruktur aller europäischen Staaten ist von Technologien im All abhängig. Einem Antisatellitenangriff wären sie schutzlos ausgeliefert. Nur ein vollständiges Verbot von Weltraumwaffen kann die Gefahr eindämmen.

Waffenhandel kontrollieren: Europa und insbesondere Deutschland sollten im Rahmen der UNO Vorreiter für einen Vertrag über den Waffenhandel sein, um besonders die illegale Verbreitung von kleinen und leichten Waffen einzudämmen.

Streubomben verbieten: Die Bundesrepublik sollte vollständig auf Produktion, Handel und Einsatz von Streumunition verzichten. Die jüngste Absichtserklärung zur Zerstörung der als ‚gefährlich‘ definierten Bundeswehrbestände an Streumunition ist ein großer, gleichwohl nicht ausreichender Schritt.

Rüstungsexport an Verhaltenskodex binden: Aus dem EU-Kodex für Waffenexporte muss eine Verhaltensnorm werden, die alle Mitgliedstaaten bindet.

Atomwaffen aus Deutschland abziehen: Über den Abzug von Nuklearwaffen vom eigenen Territorium kann die Bundesregierung allein entscheiden. Sie sollte davon Gebrauch machen und so ein deutliches Zeichen gegen Atomwaffen setzen....

Das FGA befasst sich auch mit Klimawandel und neuen Konfliktrisiken:

„Klimaschutzpolitik bedeutet auch Konfliktprävention. Wenn vorausschauende ökologische, entwicklungs- und friedenspolitische Maßnahmen international aufeinander abgestimmt werden, ist effektive Konfliktvermeidung möglich“, schätzen die Friedensforscher ein.

Empfehlungen wie die Zertifizierung des Biomasse-Anbaus, eine Regionalisierung der Energieversorgung und ein integriertes Wassermanagement liegen längst auf dem Tisch, ebenso konkrete Maßnahmen zur Einsparung und Effizienzsteigerung beim Energieverbrauch.

Das Friedensgutachten empfiehlt:

Deutschland muss für einen gerechten Lastenausgleich beim Klimawandel eintreten und entsprechende Verfahren zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten rasch einführen.

Das ‚Klimarisiken-Schutzprogramm‘ der UNO muss weiter entwickelt und umgesetzt werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich in der UNO für einen ‚Rat für Globale Entwicklung und Umwelt‘ einzusetzen.

„Hier kann und sollte die Bundesregierung eine noch aktivere Rolle spielen und sowohl treibende als auch gestaltende Kraft einer zügigen internationalen Klimaschutzpolitik werden“, sind die Friedensforscher überzeugt.

(zitiert nach http://www.friedensgutachten.de/uploads/pdf/2008/fga2008_presseerklaerung.pdf)

Das FGA wird der Politik vorgestellt – dieses Mal auch dem EU-Parlament – und beabsichtigt dort Einfluss auf Willensbildung und Entscheidung. Es geht dabei ferner um politische Bildung, Einfluss auf die Medien und die – für dieses FGA - vernetzte Arbeit der beteiligten Institute. Im dritten Schwerpunkt wendet sich das Gutachten autoritären Regimen zu mit einem internationalen Konfliktpotential.

In den vier Gesprächsrunden eines ganztägigen Hearings zum FGA in der Evangelischen Akademie im Rheinland kamen vier Autoren zu Wort, der Geschäftsführer des BICC, zwei Journalisten und ein Mitarbeiter in Vertretung für ein Mitglied des Bundestages von der Fraktion *Die Linke* und ein Vertreter der rheinischen Landeskirche.

Annette Schaper/HSFK erläuterte die Befürchtung, dass die Rüstungskontrollregime vor dem Aus stehen, jedenfalls aus aktueller Sicht. Die Briten seien die einzigen, die ihren Bedarf an Nuklearwaffen diskutieren. Abschreckung ist für sie ein Relikt des Kalten Krieges, genau so wie die Wehrpflicht; heute würden Spezialisten gebraucht. Die wiederum sind nötig, um die modernisierten Waffensysteme, die letztlich billiger seien als konventionelle, zu bedienen. Der Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen hält überhaupt nur wegen der hochgehaltenen Hoffnung auf eine kernwaffenfreie Welt.

Demgegenüber glaubt der Journalist **Jerry Sommer** an eine Renaissance von Rüstungskontrolle für Atomwaffen nach der Präsidentenwahl in Amerika; allerdings mit der Einschränkung, dass die Verwaltungsstäbe auch nach der Wahl noch im Dienst sind. Als Begründung führte er die Positionen der beiden Präsidentschaftskandidaten an. Man müsse den Diplomaten etwas anbieten, was sie jetzt für das Vorantreiben zum Beispiel des Nichtverbreitungsvertrages konkret gebrauchen können.

Marc von Boemcken/BICC führte die erschreckenden Zahlen der Rüstungsausgaben vor Augen und die führende Rolle Deutschlands als drittgrößter Waffenexporteur; dies u.a. auch deshalb, weil veraltete Waffen verkauft, statt verschrottet werden. Kontrollmechanismen sind zwar vorhanden mit dem Außenwirtschaftsgesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Sicherheitskontrollrat. Jedoch gäbe es zu viele Schlupflöcher, insbesondere bei Produkten mit „dual use“. Auch das Desinteresse des Parlamentes brandmarkte er – und erhielt sofort den Widerspruch, dass der Bundestag nicht oder unzureichend informiert würde. Er stimmt zu, dass es die Exekutive an Transparenz fehlen lasse. Eine Lösung wäre es, Waffenlieferungen nicht nur ablehnen, sondern jede einzelne genehmigen zu müssen.

Der Abgeordnete **Paul Schäfer**/*Die Linke* schickte seinen sachkundigen Mitarbeiter, **Christopher Steinmetz**, der ein Beispiel für die raffiniert inszenierten Schlupflöcher beim Falle „Dual use“ beschrieb: So könne man beispielsweise Motoren ungehindert verkaufen, auch wenn sie für einen einzigen Prototyp eines zivilen Schiffes hergestellt wurden, danach aber ausschließlich für die militärische Schifffahrt gebraucht würden. Er richtete das Augenmerk auf die sorgfältig aufgestellte, pan-europäische Rüstungslobby. In Brüssel gäbe es keinen Dachverband der Nichtregierungsorganisationen, aber sehr wohl sei der Bundesverband der Deutschen Industrie präsent. *Im deutschen Rüstungsmarkt fände kein Wettbewerb mehr statt; vielmehr gäbe es eine gut verteilte Spezialisierung, die wiederum von der Bundesregierung abgesichert sei durch Exportgenehmigungen, Bürgschaften etc. Hinzu komme die Entwicklung, dass die Bundeswehr zunehmend Servicebereiche auslagere; diesen Service übernimmt oft die Rüstungsindustrie, die dafür keiner Kontrolle unterliegt.* Diese Art von sekundärem Rüstungsmarkt gehört auch unter den Sachverhalt der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Sein **Fazit: Die Bundesregierung könne sich nicht mehr gegen die Rüstungslobby wehren, schon gar nicht gegen ihre pan-europäische Form.**

Aus den vielen weiteren Äußerungen der Diskutanten seien noch diese erwähnt:

Nötig sind zivile Interventionen der Nichtregierungsorganisationen. – Die EU könnte Friedensvermittler sein, wenn sie wollte. Sie müsste dem UN-Sicherheitsrat geeignete Angebote machen. – Standards für Rüstungsexport müssen straff festgeschrieben werden. Parlamente müssen sich den Vorbehalt für Armeeeinsätze bewahren. – Nichtverbreitung von Kernwaffen muss weiterhin vertraglich gesichert werden. – Wirtschaftswachstum kann zu Hochrüstung führen. – Europa muss den Vertrag über konventionelle Waffen ratifizieren. Ein atomwaffenfreies Deutschland und danach Europa sowie der Verzicht auf die Erstschlagsstrategie wäre ein großer Fortschritt.

Hannelore Morgenstern-Przygoda